Vorteilsgewährung

Gericht verurteilt Urologin und Laborarzt wegen Betrugs

Ein vermeintlich kleiner Obolus hat große Folgen: Eine Urologin erhielt von einem Laborarzt 0,25 Euro für jede Überweisung. OLG-Richter bestätigten die Rückforderungen der Kassenärztlichen Vereinigung von 295.000 €. Das Verfahren geht in die Revision.

Zahlen Ärzte Geld für die Überweisung von Untersuchungsmaterial an Kollegen, kann die KV entsprechende Honorare zurückfordern.

Gewährt ein Laborarzt einem Kollegen regelmäßig für jede Überweisung von Untersuchungsmaterial einen kleinen Obolus, kann die Kassenärztliche Vereinigung (KV) gezahlte Honorare zurückfordern. Der Obolus verstößt gegen die berufsrechtliche Regel, wonach Ärzte für die Zuweisung von Patienten oder Untersuchungsmaterial kein Entgelt gewähren oder versprechen dürfen, entschied das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen Bremen in Celle in einem Urteil (Az.: L 3 KA 6/13).

Infolge des Urteils muss ein Laborarzt 295.000 € an erhaltenen Honoraren an die KV zurückzahlen. Der Arzt, ein Mikro- und Infektionsepidemiologe, war seit April 1992 zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassen. Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit hatte er mit einer Urologin vereinbart, dass diese für jede

Überweisung von Untersuchungsmaterial 0,50 Mark (0,255 €) erhält.

Budget um mehr als 8.000 Prozent überschritten

Die Vereinbarung führte dazu, dass die Urologin ihr Laborbudget mehr als strapazierte. Im dritten Quartal 1999 wurde es um fast 3.000 Prozent und im dritten Quartal 2.000 sogar um über 8.000 Prozent überschritten. Dies blieb der KV nicht verborgen. In einem Gespräch mit KV-Mitarbeitern räumte die urologische Fachärztin die regelmäßigen Zahlungen des Laborarztes ein.

Im Streitzeitraum der Quartale I/1998 bis III/2000 kamen so insgesamt 10.357 Mark (5.295 €) zusammen. Laut einem Gutachten war rund ein Drittel aller veranlassten Laborleistungen nicht erforderlich gewesen.

Das Amtsgericht verurteilte schließlich den Laborarzt wegen Betrugs in drei Fällen und die Urologin wegen Betrugs in Tateinheit mit Untreue in 6.904 Fällen zu Bewährungsstrafen. Das dicke Ende kam jedoch noch für den Laborarzt: Die KV hob seine Honorarbescheide für den Zeitraum 1998 bis Ende September 2000 teilweise auf und forderte rund 295.000 € an Honoraren zurück.

Überweisungen aus fachlichen Gründen, nicht aus ökonomischen

Das LSG bestätigte jetzt diese Entscheidung. Die Abrechnungen mit der KV seien rechtswidrig erfolgt. Nach den berufsrechtlichen Bestimmungen müsse die KV Leistungen berichtigen, „die der Vertragsarzt in Ausnutzung einer unerlaubten Zuweisung von Patienten oder von Untersuchungsmaterial erbracht hat“. Überweisungen sollten allein aus fachlichen, nicht aber aus finanziellen Gründen erfolgen.

Außerdem solle das Verbot der Vorteilsgewährung verhindern, dass sich Ärzte „ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Berufskollegen verschaffen“, heißt es weiter in dem Urteil.

Die Missachtung des Verbots einer Vorteilsgewährung wiege letztlich so schwer, dass der Laborarzt das damit verdiente Honorar zurückzahlen muss, insgesamt rund 295.000 €. Keinen Glauben schenkte das LSG dem Einwand des Laborarztes, dass die Zahlung an die Urologin lediglich eine pauschale Erstattung für angefallene Portokosten darstelle. Dies sei eine bloße Schutzbehauptung, so die Celler Richter. Gegen das Urteil ist Revision beim Bundessozialgericht eingelegt worden. Dort ist das Verfahren unter dem Aktenzeichen B 6 KA 25/16 R anhängig.

Frank Leth